

Wahr! Arbeiter und Versicherte, schüßt eure Krankenkassen!

Der Leipziger Ärzteverband hat den seit Jahren angebrochenen Generalstreik über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen; es wird daher, soweit nicht Verträge schon bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen die Kassen von der Bewältigung befreit werden, den Kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine gute Leistung geben und es den Versicherten überlassen müssen, selbst für eine geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die Kranken Versicherten nur gegen Vorauszahlung des Honorars oder gegen Entlassung eines größeren Verwandten behandeln. Dadurch konnten die Krankenkassen in die schmerzliche Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schlags erforderlich, noch bekannt zu gebenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen.

Seit Jahren sind die Ärzte vom Leipziger Ärzteverband aufgefordert worden. Die Ärzte sind deshalb gegen die Krankenkassen vorzugehen und nehmen mehr und mehr gegen die Versicherung für den Krankheitsfall eine feindselige Haltung ein. Die ärztliche Behandlung der kleinen Handwerker, Gemeinbewohner und Sanitätswärter der unteren Schichten, die wirtschaftlich dem Arbeiter nahesteht, für Rechnung freiwilliger Krankenkassen wird grundsätzlich abgelehnt. Bei der gesetzlichen Krankenkassenversicherung sind die Krankenkassen gezwungen, die ärztliche Familienbehandlung, der wichtigsten Mehrzahl des Volkes, den Vertragsbedingungen, den sogenannten kleinen Selbständigen, die ärztliche Hilfe nur als Privatpatienten gewährt und damit die Versicherung preisgegeben werden. Die Ärzte fordern die Krankenkassen, daß sie sich jeder gegen Honorar, Pöbel, Patientengefährdung, wie überhaupt gegen alle Unglücksfälle des Lebens verschließen möge, nur nicht auf ärztliche Hilfe.

Das Gesetz gibt den Ärzten das unbeschränkte Monopol für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen, verpflichtet diese aber in keiner Weise und hält sie nicht einmal hierzu an. Dieser für die Kassen unhaltbare Zustand gibt den Ärzten das völlige Übergewicht über die Kassen und wird von ihnen zum Schaden der Kassen gründlich ausgenutzt. Die Ärzte wollen für die Kassen nur tätig sein, wenn es ihnen paßt, und nur zu den ihnen einseitig auferlegten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kostenpraxis zugelassen werden muß. Alle Beiträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkt ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitslohnes der Versicherten abgemessen werden. Die Krankenkassenorganisationen sollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die SS u. S. der Ausgaben der beiden Berufsgruppen werden, allein entscheiden sein, während nach dem Gesetz für die Kassenabgaben nur die gesamte Krankenversicherung der Kassenverband verantwortlich ist. Die Ärzte und die Organisationen nehmen eine Kontrolle der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenorgane ab und wollen allein darüber befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten kein Recht, die Ärzte zu wählen oder zu wechseln, sondern die Krankenkassenorganisation angewiesen werden, den nächstnächstbesten Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Familienbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Zu der Zeit dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten, für die mehr bezahlt wird, besser behandelt werden. Es würde dadurch ein Teil in die auf dem Grundgedanken der Solidarität aufgebaute Krankenkassenversicherung getrieben werden.

Um die Öffentlichkeit zu gewinnen, wird die Behauptung aufgestellt, daß SS u. S. der Verbesserung ärztlicher Behandlung durch die Krankenkassen erziele. Dies ist eine ungeheuerliche Uebertreibung. Die Krankenkassenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung wird etwa 20 Millionen Personen umfassen. Rechnet man 10 Millionen hinzu, die wieviel unter die Familienbehandlung fallen, so bleiben 35 Millionen Personen, d. h. mehr als 60 v. S. der freien Praxis der Ärzte vorbehalten und gerade alle bemittelten und wohlhabenden Volksschichten.

Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden.

Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lediglich in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beseitigen. Die Kassenvertreter sind in ihren Zuständigkeiten viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beantragt werden kann. Die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kassen können es aber, je schlimmer die aufzuringeln zu lassen, was die Ärzte in ihren Er-

werbs-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verwahren sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisationen gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenkassenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Benützung der staatlichen Standesorganisation geübt wird.

Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenkassenversicherung eine Krankenkassenversicherung machen. Tritt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so stünden die Kassen im wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragsenthebung und die Krankenkassenabgabe bereit. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die den Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährte Selbstverwaltung würde zum Nichts. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes hängen an sich wie auch durch ihre schlichten Forderungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen zu decken, müßte dann der höchste jährliche Beitragssatz erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenkassenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenkassenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das äußerste gefährdet!

Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet euch, in dem bevorstehenden Kampfe die Kassen für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen eud-diallos zu unterstützen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Arbeiter und Versicherte, schüßt eure Krankenkassen!
Berlin, 24. November 1913.
Hauptverband deutscher Krankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Offen.
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Offen.
Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungs- und Handwerkerkrankenkassen, Hannover.

Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

H. G. Charlottenburg, 4. Dezember.

Der Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege führt heute seine Verhandlungen zu Ende. Bürgermeister Dr. Luppe, Frankfurt a. M. sprach über den Wohnungsnachweis. Er führte aus, daß heute die Vermietung von Wohnungen zum größten Teile durch Makler, Wasser oder Zeitungsanzeigen vermittelt wird. Diese Vermietung bringt große Kosten, Zeitverlust und Umstände mit sich. Veruche zu einer Zentralisierung sind erst neueren Datums; sie gingen von Hausbesitzer- und Mietervereinen, von gemeinnützigen Vereinen und vor allem von den Arbeitsnachweisen aus. Zahl und Erfolg dieser Wohnungsnachweise war bisher nicht groß. Ein neuer Anstoß zur Zentralisierung des Wohnungsnachweises in den Händen der Gemeinden entfiel durch die Einführung der Wohnungsaufsicht, für welche ebenso wie für Wohnungspolitische Maßnahmen eine Lebensgrundlage über den Wohnungsmarkt und seine Bedürfnisse und die Möglichkeit, Inhaber zu räumlicher Wohnungen unterzubringen, dringende Bedürfnisse sind. Heute existieren über 30 kommunale oder mit erheblicher städtischer Beihilfe bestehende Wohnungsnachweise, von denen ein erheblicher Teil sich erfolgreich entwickelt hat.

Werner legte dem Kongress folgende Leitsätze vor: 1. Ein kommunaler Wohnungs- und Schlafstellennachweis ist eine notwendige Ergänzung der Wohnungsaufsicht und eine wertvolle Grundlage für wohnungspolitische Maßnahmen; 2. die Einführung des Wohnungsnachweises für leerstehende Kleinwohnungen ist anzustreben; 3. der Wohnungsnachweis muß für Kleinwohnungen unentgeltlich sein, und 4. eine häufige Veröffentlichung der Wohnungsangebote ist zu empfehlen.

Als Korreferent ergänzte Hauptmann a. D. v. Kald. Klein-Kremers diese Ausführungen. Er hob vor allem die sozialpolitische Bedeutung eines zentralen Wohnungsnachweises für die minderbemittelten Massen hervor. Es sei den Hausbesitzern gar nicht zu verdenken, wenn sie den Wohnungsnachweis in der Hand zu behalten wünschen. Aber ihr Radikalismus sei ein allgemeiner Radikalismus. Wenn sie das gewollt hätten, hätten sie das Ziel schon lange erreichen können. Man spricht immer nur vom kommunalen Wohnungsnachweis in dem Sinne, daß ein Nachweis das Material einer Gemeinde erhalten, umsetzen sollte. Ich möchte auch hier auf den interkommunalen Wohnungsnachweis und seine Bedeutung hinweisen, der andernorts weit im neuen preussischen Wohnungsgesetz enthalten ist. Der interkommunale Wohnungsnachweis, d. h. ein Nachweis für mehrere Orte, muß und wird kommen, vor allem für Großberlin und für den Industriebezirk. Der allgemeine kommunale Wohnungsnachweis kann auch infolgedessen großen Nutzen sein in einer Zeit, wo auch große Städte einzusehen beginnen, daß sie mit ihrer offenen Armenpflege und dem feilen, unglückseligen Zustand am Ende sind.

Der Kongress endete mit der Annahme der folgenden allgemeinen gehaltenen Resolution: „Der von der Zentralstelle für Wohnungs-

wohlfahrt einberufene Kongress für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege betrachtet die in dem preussischen Wohnungsgesetz vorgesehene Regelung als eine brauchbare wenn auch in verschiedener Hinsicht verbesserungsfähige Grundlage für die Einführung der Wohnungsaufsicht. Er richtet an die Regierung und an den Landtag die dringende Bitte, durch Beschleunigung und zweckentsprechenden Ausbau der Verwaltung dafür Sorge zu tragen, daß überall in Stadt und Land eine planmäßige Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege zur Durchführung gelangt.“

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Inland
Terrorismus-Material.

Wo die Unternehmer noch nicht dazu ergogen sind, die Überzeugung ihrer Arbeiter zu schenken und sich um ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit nicht zu kümmern, da gebrauchen sie rücksichtslos ihre wirtschaftliche Macht zur Unterdrückung der organisierten Arbeiter. Als „Arbeitgeber“ müssen sie sich an, zu bestimmen, was der Arbeiter auch in seinem privaten Leben zu tun und zu lassen hat. Und wer sich nicht fügt, dem wird die Anerkennung der „Gewerkschaften“ des Unternehmertums mit der Hungerpeitsche begehrt. Einen solchen Fall nachstehender Terrors leistete sich in den letzten Tagen Herr Nikolaj, Direktor des Kreuznacher Brauhauses in Kreuznach. Eine irgend-eine Veranlassung entließ er vier Arbeiter und begründete diese Entlassung kurz und bündig wie folgt: Sie sind zweiter Vorkämpfer des Brauereiarbeiterverbandes, Sie schmeißt ich hinaus! Sie sind Schriftführer, Sie schmeißt ich auch hinaus. Sie sind Kassierer, Sie schmeißt ich auch hinaus! Und Sie haben im Sommer sich geweigert, zu unterschreiben, Sie fliegen auch mit hinaus! Bei der Unterfertigung von der hier die Rede ist, hatte es sich um eine Maßnahme der Betriebsleitung gehandelt, die eingeleitete Arbeiterbewegung zu hintertreiben. Es wurde damals auch schon der Vertrauensmann gemahnt.

Mit dem Auswurf dieser vier wegen ihrer Organisationszugehörigkeit war der Plan des Herrn Nikolaj aber noch nicht voll zur Ausführung gebracht. Der erste Vorkämpfer der Hoffstelle Kreuznach des Brauereiarbeiterverbandes arbeitet in der Malzfabrik Söwensberg in Kreuznach. Von dieser Firma verlangte Herr Nikolaj die Entlassung des Vorkämpfers, andererseits er seinen Weg an Malz bei dieser Firma einfallen werde. Von dieser Forderung erhielt die Organisationsleitung Kenntnis; sie verhandelte mit Herrn Söwensberg und erzielte die Versicherung, daß die von Herrn Nikolaj geforderte Entlassung nicht erfolgen werde. Damit gab sich aber Herr Nikolaj nicht zufrieden und der Erfolg seines Bruches auf den Malzreferenten wird durch nachfolgendes Schreiben des Herrn Söwensberg an den Brauereiarbeiterverband bestätigt:

„Unter Verzugnahme auf unsere gestrige Besprechung teile ich Ihnen folgendes mit: Das Kreuznacher Brauhaus in Kreuznach redmierte mir heute, daß es den Weg vom Malz bei mir einstellen würde, da der Heizer S., der bei mir beschäftigt ist, gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses fortgesetzt agitiert. Ich bin also gezwungen, den Heizer S. zu entlassen, wovon Sie der Ordnung halber gefl. Vormerkung nehmen wollen.“

Hochachtungsvoll A. Söwensberg.

Es ist nicht daran wahr, daß der Heizer S. gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses agitiert, diese Behauptung des Herrn Nikolaj ist nur ein vorgeschobener Grund. Herr Nikolaj wollte den Versenden aus seiner Stellung haben; die übrigen Vorstandsmitglieder hat er selbst auch entlassen, so glaubt er seinen Tisch zu haben und die Sicherheit, daß die Organisation am Orte verschwindet und die Unternehmer Wohnforderungen nicht mehr zu fürchten haben. Diesen durch nichts zu beschönigenden Terrorismus empfehlen wir den für eine Vernichtung des Realisationsrechts der Arbeiter empfindlichen Materialsammlern. Mögen Sie ihn einer eingehenden Würdigung unterziehen; auch der Reichsverband und die Schmutzwerker könnten ihn ihrer Sammelmappe überliefern.

Ausland.

Der Ausbruch der italienischen Seele.

Die Der Streit der Seemannschaft der subventionierten Gesellschaft Società Italiana geht noch immer nicht seinem Ende entgegen. Er dauert jetzt seit 40 Tagen und durch ihn liegt die gesamte Flotte der Gesellschaft mit 22 Dampfern fest; die Zahl der Streikenden, Offiziere und Mannschaften, beträgt 1300 Mann. Die Offiziere fordern eine neue Dienstordnung, die die Seemannschaft der Seeleute gemeinsam mit den Reedern vereinbaren will, während die Mannschaften eine schon ausgearbeitete Dienstordnung vortragen und wesentliche Verbesserungen fordern. Die Unterhandlungen, die wiederholt abgebrochen worden sind, wurden in diesen Tagen wieder aufgenommen. Die Reeder behaupten, daß die Annahme der vorgeschlagenen Dienstordnung die Möglichkeit gefährden würde, was die Mannschaften energisch in Abrede stellen.

Trotz der billigen Preise führe nur erstklassige Fabrikate
Jeder Apparat laut oder leise zu spielen!
Größter Kundwahl in
Grammophonen
11. u. Platten-Apparate von 13 M. an.
Trichterlose Apparate
in allen Preislagen von 15-120 M. und höher.
Größte Kundwahl! Neueste Aufnahmen in doppelseitigen Schallplatten
von 1 bis 3 Mart.
Pathé-Apparate, Pathé-Platten, 29 cm, 3 Mart.
Vergleichnisse gratis!
Plattenschränke u. Alben, Nadeln, Musikwerke, Violinen, Mandolinen, Mand. u. Ziehharmonikas, Saiten aller Art, Zithern mit Notenblätter, sofort zu spielen, von 7 Mart an. Christbaumstände mit Musik und drehbarem Baum.
Eigene Reparaturwerkstatt.
Schladitz 18
strasse
Laden gegenüber der Haupt-Postanstalt. [K7]

Schmiedeberg u. U.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, den Wahren Jakob und andere Literatur usw., sowie Inserate und Druckfachen nimmt entgegen.
Ma. v. w. Albrecht, Schmiedeberg, Altenberger Str. 62 m.

Mitglied d. Verbandes d. Vogelwälder Deutschlands. (e.V.)
Vogelpücker! Waschen Sie bitte beim Kauf von Vogelpücker, daß es nicht aus Geflüßchen stammt, wo es mit Waren wie Chemikalien usw. lagert. Vogelpücker ist gleich Lebensmitteln empfindlich für verderbliche Einflüsse. Kaufen Sie nur in durchsichtigen Spezialgeschäften. Klarer Sie nur in durchsichtigen Spezialgeschäften. Nur diese bieten Garantie für saftig-männlich frisch gemittetes Butter. Auch finden Sie daselbst beim Einkauf von **Vögeln, Käfigen usw.** entsprechende Bedienung. [B 857]

Pilo
ist des Leders
beste Nahrung, schönste Kleidung.

Teleph. 14880 [A89] Linien 5u. 7
Lymians Thalia Theater!
Görlitzer Str. 6 Anf. 8 Uhr 20 Samst. 3 Vorstell.
Sonntags 11 Uhr Fiedler Frühbesessen n. Vorstellg. 15, 25 u. 35 Pf.
Nachm 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkafee!
Vorverkaufsskarten Wochenendes u. Sonntags nachm. gebli.

Billige Butter
Etwa 65 Pf., Kanne 260 Pf.; auch billige Backbutter
sehr gut wie frisch, fettreich und ausgiebig im Gebrauche
Funde 118 Pf., 120 Pf., 125 Pf. [B3789]
Große Brüdergasse 31, nahe Postplatz, Oskar Tischer.
DRESDNER GUMMIABSÄTZE UND ECKEN
erstklassiges Fabrikat.
Gummiabsätze spottbillig
Preis pro Paar für Damen . . 20, 25 Pf. für Herren . . 35, 50 Pf. mit Nägeln bzw. Schrauben zum Befestigen.
Bei Einkauf von 3 Paar Absätzen gebe gegen Vorzeigung dieses Inserats zwecks Einführung meiner Firma einen praktischen Gummistückel gratis! [L1818]
Wiederverkäufer wollen Enkosaliste A III vorlang.
Dresdner Gummiwaren-Industrie
Fabrik P. Fohs Dresden-A., Poppitz 8 Teleph. 53117
Bitte genau auf Firma zu achten! [M]